

# Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch  
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4  
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ  
Nr. 20 Oktober 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tglg. — Preis bei Arbeitslosenvermind-  
rungen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.  
Abonnement vierteljährig S — 90

## Notverordnungs-diktatur!

### Ein „Schlag“ gegen die Credit-Anstaltverbrecher, um das Proletariat zu treffen

Mit Berufung auf das kaiserliche Kriegsermächtigungsgesetz vom Jahre 1917 hat die Regierung jetzt, nach neun Credit-Anstalts-Gesetzen, von denen jedes ungeheure Millionenlasten auf das Proletariat abwälzt (das letzte allein 570 Millionen Schilling) eine verfassungswidrige Verordnung erlassen, nach der die juristische Vertretung der Regierung, die Finanzprokuratur, ohne richterliche Ermächtigung, Exekutionen zur Sicherstellung des Vermögens der Personen, auf die sich das Gesetz über die Haftung der Credit-Anstalt erstreckt, beantragen kann, und das Gericht diesem Antrag stattgeben muß, wenn die Gefahr von Verschleppung oder Übertragung des Vermögens besteht.

Beiläufig, es geht nicht um den Geldsack der Rothschilds, Ehrenfest's, Siegharts und Neurath's; wollte die Regierung diese Herren wirklich haftbar machen, mit ihren Vermögen, sie hätte vor anderthalb Jahren zugreifen müssen. Jetzt ist alles ins Ausland verschoben oder auf andere Namen umgeschrieben. Aber auch diese Verordnung will nicht das noch greifbare Vermögen als Deckung für die Milliardenverluste der beiden Banken beschlagnahmen, sondern nur 20 Millionen Schilling; das ist die Summe jenes Betrages, den sich diese Herren seit 1928 (dem Jahre, wo sich bereits Millionenverluste ergaben), als Täntelern rechtswidrig zuspickten.

Noch würde ihnen aber kein Groschen genommen, diese Herren verschanzen sich hinter tausende Paragraphen.

Noch sind nicht alle Verluste der Credit-Anstalt gedeckt, noch verhandelt die Regierung (Rütelern) mit den Auslandsgläubigern der Credit-Anstalt, für deren Forderung der Bund die Haftung übernimmt und hinter die sich unsere Credit-Anstaltverbrecher verstecken, noch harren dem Proletariat-Lasten in der Höhe von einer halben Milliarde Schilling.

Gemessen an den Gesamtverpflichtungen, die die

Rothschildparteien aus der Konkursmasse der Credit-Anstalt für den Staat übernahm, sind die 20 Millionen Schilling, wegen der die Regierung ihre verfassungswidrige „Notverordnung“ erließ, eine Augenwischerei.

Es geht der Regierung gar nicht so sehr um die 20 Millionen Schilling, die sich die Credit-Anstaltverbrecher in ihre Taschen gegnauert haben. Diese Geste der Regierung gegen die Schuldigen des Credit-Anstaltskrachs ist nur der Vorwand, um auf dem Paragraphen des kaiserlichen Kriegsermächtigungsgesetzes eine Notverordnungs-diktatur a la Papen zu errichten.

Unter dem Regime der Notverordnung soll nach das schändlichste aller Credit-Anstalts-Gesetze, jenes, das die Verpflichtungen der Credit-Anstalt gegen die Auslandsgläubiger auf die österreichischen Werkstätten abwälzt, unter Dach gebracht werden. Und darüber hinaus soll der Hungerriemen dem Proleten noch enger geschnürt werden. Lohnraub und Zertrümmerung der sozialen Einrichtungen im Verordnungswege, das ist der Königsgedanke der Ausbeuter.

Gegen diesen Kurs, den wir Linken Kommunisten seit langem voraussehen, hilft kein Stimmzettel und keine parlamentarische Schaumschlägerei. Massenkampf gegen die Staatshaftung für die Kreditanstalt — Keinen Groschen den Auslandsgläubigern — Beschlagnahme des Vermögens der Kreditanstaltsaktionäre — In den Kerker mit den gewissenlosen Finanzgagnern — Arbeiter-Einheitsfront — revolutionäre Lösung der Krise — revolutionärer Kampf für Arbeit und Brot — Kampf um den Sozialismus — die Herrschaft der Arbeiterklasse — das ist das Gebot der Zeit.

## Die Lage in den Grazer Großbetrieben

Die Fahrradfabriken Montana und Styria-Dürkopp-Werke hat man gesperrt. Diese Betriebe fielen dem Konzern der Daimler-Puch-Werke zum Opfer. Dabei spielte auch die Skandalgeschichte bei der Kreditanstalt eine Rolle. Die Styria-Dürkopp-Werke waren finanziell der am besten konsolidierte Betrieb; darum hat man, um Geschäfte zu machen, diesen Betrieb gesperrt. 300 Arbeiter wurden aufs Pflaster geworfen, bei der Montana über 100 Arbeiter. Die Puchwerke hatten ihren Betrieb auf 6 Wochen eingestellt. Obwohl der Betrieb wieder aufgenommen wurde, werden laufend Entlassungen vorgenommen, so daß der Stand der Beschäftigten von früher 600 bis 800 auf 200 bis 300 herabgesunken ist. Im Brückenbau sind von 200 bis 300 Arbeitern nur mehr 100 beschäftigt.

Die Weitzer-Waggon-Maschinenfabrik steht ebenso vor der Einstellung. Am schlechtesten steht es im Waggonbau. Die Weitzer-Waggon-Maschinenfabrik hatte früher — noch vor zwei Jahren — 1800 Beschäftigte, jetzt kaum noch 300, davon werden im-

mer noch abgebaut. Die Betriebsräte haben mit der Bundesbahndirektion und Bundesregierung verhandelt, um die Einstellung durch Beschaffung von Notstandsarbeiten zu verhindern.

Die Bundesbahn und Bundesregierung gaben die Antwort: „Sie haben kein Geld!“ Für die Kreditanstalt, für Rothschild, ist aber Geld genug vorhanden. Betriebsarbeiter, Gewerkschafter, kämpfen für ein positives Programm zur Beschaffung von Arbeit und Brot auf Kosten der Besitzenden, durch ein Wirtschaftsbündnis mit der Sowjetunion, und großzügige Arbeitsbeschaffung im Inland! In den Betrieben und Gewerkschaften propagiert den Kampf für die revolutionäre Lösung der Krise auf der Basis eines Kampfbündnisses aller proletarischen Organisationen! Nur so und nicht anders kann es der Arbeiterklasse gelingen, den trostlosen Zuständen, dem nackten Hunger und der faschistischen Barbarei entgegenzutreten. Kämpft für Arbeit und Brot, gegen Faschismus und Reaktion!

## Snowjew und Kamenew erneut ausgeschlossen

Am Vorabend des 15. Jahrestages der Oktoberrevolution hat Stalin zu einem entscheidenden Schlage ausgeholt, um die Schwankenden im Parteipappier einzuschüchtern: er hat Snowjew und Kamenew erneut ausgeschlossen. Im Schatten der Feiern für die Oktoberrevolution kämpft Stalin seinen rasenden Kampf um die Selbstbehauptung seines bankrotten Regimes.

Der Schlag gilt nicht Snowjew oder Kamenew, sondern den tausenden unteren und mittleren Parteifunktionären, die mit der Arbeiterklasse unmittelbar verbunden sind,

und ihre Unzufriedenheit und Verbitterung spüren und die unter diesem Druck begannen haben, an der Allmacht Stalins und seiner „Generallinie“ zu zweifeln.

Snowjew und Kamenew haben seit ihrer Kapitulation auf jede fraktionelle Tätigkeit verzichtet. Aber sie sind keine Apostel des Stalinismus geworden, wie der demoralisierte Radok, gegenwärtig Ratgeber und ergebenen Freund Stalins. Snowjew hat sich dem kriegswissenschaftlichen Studium gewidmet und ein wissenschaftliches Werk auf diesem Gebiete veröffentlicht. Beide warteten auf ihre Zeit, auf das Herauswachsen der Unzufriedenheit in der Partei, aber es fehlte ihnen der Mut, diesen Kampf zu organisieren. In ihren Kreisen Eichelte man überlegen über die sprich-

wörtliche Unwissenheit Stalins in theoretischen, historischen und internationalen Fragen, man lauschte den Anekdoten, die Radok in Umlauf setzt, um seinen steigenden Einfluß bei Stalin auf diesem Wege bekanntzumachen — aber weder Snowjew noch Kamenew rührten den Finger, um ein Oppositions-Zentrum in Moskau zu schaffen. Es ist daher durchaus möglich, daß beide von neuem Kapitulationserklärungen abgeben werden; Stalin braucht solche Erklärungen gegenwärtig dringend, um die Seinen bei der Stange zu halten. Wir werden in der nächsten Nummer, bis Nachrichten von Rußland selbst vorliegen, auf diesen Ausschluß zurückkommen.

## Der „Mahnruf“ abermals angeklagt!

Der Paragraph 306 des StGB. wird immer mehr eine beliebte Waffe des Staatsanwaltes zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterpresse. Diesmal hat der Staatsanwalt den Artikel „Schlagt den Faschismus“ unter Anklage gestellt. Wie er seine Anklage in diesem Falle begründen wird, überlassen wir seiner Phantasie. Aber eines ist jedem revolutionären Arbeiter nach den bisherigen Erfahrungen gewiß: die Konfiskations- und Anklagepraxis richtet sich hauptsächlich gegen jene Artikel, die dem antilassischen Kampfe gewidmet sind. Die Rolle der bürgerlichen Klassenjustiz ist eindeutig. Wir werden dem Staatsanwalt auch in diesem Fall Gelegenheit geben, seine Praxis vor den Geschworenen zu vertreten.

## Stresa und die ungarische Innenpolitik

Die letzte Hoffnung der ungarischen Kontrorevolution auf die Stresa-Konferenz ist zerfallen. Die zur Hilfe der agrarischen Staaten einberufene Konferenz hatte neben den der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Zielen noch einige verborgene. Diese waren nichts anderes als eine französische Anleihe für die Agrarstaaten, wodurch ein enges militärisches Bündnis unter französischer Führung mit den Agrarstaaten erreicht werden sollte. Alle östlichen Staaten gehören zur Kleinen Entente, außer Ungarn. Ungarn verfügt infolge seiner guten geographischen Lage über große Vorteile gegenüber der Kleinen Entente. Wenn Ungarn durch eine eventuelle französische Anleihe in die Interessensphäre der Kleinen Entente hineingezogen wird, dann ist es gezwungen, mit Frankreich in freundschaftliche Beziehungen zu treten, das würde bedeuten, daß Ungarn die alte italienische Außenpolitik aufgeben muß. Aber die ungarischen Feudalherren sind zu dieser Politik unfähig. Die ökonomischen Widersprüche der herrschenden Klasse sind so groß, daß in dieser Frage keine einheitliche Politik gefunden werden kann. Wegen der inneren Widersprüche kann die Verwirklichung der französischen Orientierung nicht möglich werden. Ferner sind die Gebiets-Revisionen bei den entscheidenden Gruppen der herrschenden Klasse so maßgebend, daß eine französische Orientierung oder ein Anschluß zu die Kleine Entente ausgeschlossen erscheint. So entsteht die Lage, daß das französische Großkapital keine Anleihe gibt, so kommt es, daß die drückende Inflation durch das Defizit des Staatshaushaltes immer mehr in den Vordergrund in Ungarn tritt. Für die Regierung steht keine Hilfsquelle mehr zur Verfügung, sie hat keine Reserven mehr und so war sie gezwungen, zurückzutreten. Zur Verschärfung der Krise kommt noch hinzu, daß die kleinen und Mitteleigentümer nicht weiter Steuern zahlen können. Sogar für einen Teil des Industriekapitals bildet die französische Anleihe eine Lebensbedingung, sie stehen dadurch im Gegensatz zu dem Feudalismus und verlangen den Kampf für die französische Orientierung. Die Verminderung der Steuerlasten der kleinen und Mitteleigentümer, den Abbau der Zinsen, kann man sich auch nicht ohne französische Orientierung vorstellen. Die Ankerhebung der kapitalarmen ungarischen Wirtschaft und das Verschwinden des staatlichen Defizits ist ohne Anleihe nicht möglich, und diese kann augenblicklich nur der französische Kapitalismus geben. Darum folgt die entscheidende Schwierigkeit der Regierungsbildung. Darum muß für die Lösung dieser Probleme der alte und kompromittierte Politiker Graf Bethlen herangezogen werden. Aber es kann nur eine Scheinlösung geschaffen werden. Die Krise der kleinen und Mitteleigentümer kann auch dadurch nicht gelöst werden. Die Steuerermäßigung und Milderung bedeutet nicht viel neben den schon vorhandenen großen Schulden. Die meisten Anleihen sind kurzfristig und mit hohen Zinsen. Ebenso unmöglich ist es, die Interessen der industriellen Bourgeoisie mit den Inter-

essen der Agrarier zusammenzubringen, weil die wichtigsten Teile der industriellen Absatzmärkte für den ungarischen Kapitalismus in den Staaten der Kleinen Entente liegen. Die Lösung der ungarischen kapitalistischen Krise ohne Anleihe, ohne französische Orientierung ist unmöglich. Das imperialistische Großkapital Frankreich hat das größte Interesse daran, in Ungarn ein solches System zu sehen, das eine Garantie gibt für die Freundschaft mit Frankreich. Hier taucht die Frage auf: Was für ein Interesse haben die französischen Imperialisten, das Großkapital, an Ungarn? Es ist offenbar, daß eine Verwirklichung dieser militärischen Basis den Zweck hat, die Kleine Entente noch enger zusammenzufassen und hierfür ist Ungarn durch seine günstige geographische Lage ausgezeichnet geeignet. Die durch seine Verhältnisse entwickelte Industrie kann die Kleine Entente teilweise mit Munition versorgen. Dies ist ein grundlegend wichtiger Umstand am Vorabend des neuen imperialistischen Krieges. Daß diese Behauptung richtig ist, beweist die Preisverbesserung der auf der ungarischen Börse gehandelten Papiere. Am 25. September erhöhte sich der Preis der Aktien der ungarischen Waffenfabrik um 7 Pengő, auch an den vorhergehenden Tagen wurde sie hoch notiert. Diese Preisverbesserung hat keinen Inflationscharakter. Beweis dafür ist, daß die Papiere, die nicht in enger Verbindung mit einem Krieg stehen, nicht hoch notiert wurden und sogar einen gewissen Preissturz erlitten. So z. B. die Nasici 74-74, Nova 14-18,9, Rima 29,75-29. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Börse die politische Konstellation gut erfaßt hat.

Die Namen, die mit der jetzigen Regierungsbildung genannt werden, erscheinen noch reaktionärer gegenüber der vorherigen, wenn dies überhaupt möglich ist, weil die Konterrevolution nur durch eine verschärfte Reaktion ihre Herrschaft aufrechterhalten kann. Von der Gombös- und Keresztes-Fischer-Kombination können wir nur das erwarten. Aber das kann keinen Zweifel daran lassen, daß die Konterrevolution nicht ihr aggressives Gesicht zeigt, sondern ihre verzweifelte Angst, die Schlinge um ihren Hals wird immer enger.

Redaktionskomitee der ungarischen linkskommunistischen Fraktion, Budapest.

## Aus der Partei Nach Tomanns Ausschluß

Eine Warnung an die Adresse aller unzufriedenen Parteigenossen.

Die Internationale Kontrollkommission der Komintern hat Tomann ausgeschlossen, da er sich weigerte, sich nach Moskau zu begeben. Warum Tomann sich weigerte, ist klar: er hätte von Moskau nur mehr nach einer Intervention der österreichischen Gesundheitsbehörden nach Wien zurückkehren können. Das aber hätte bedeutet, alle Brücken abzubrechen. Daran denkt aber vorläufig weder Tomann, noch aber auch die Internationale Kontrollkommission. Sie hat ihn nicht als „Konterrevolutionär“ gebremst, sondern aus rein disziplinären Motiven ausgeschlossen, sie wirft ihn weder mit der trotzkistischen, noch mit der brandleristischen „Konterrevolution“ zusammen, sondern bezeichnet ihn nach wie vor als den „Genossen Karl Tomann“.

Tomann wird demnach in seinem Organ, der „Burgendlichen Arbeiter- und Bauernstimme“, zu seinem Ausschluß Stellung nehmen; er wird die „österreichischen Intriganten“ angreifen, aber der Kominternbürokratie seine Reverenz erweisen. Tomann will den Weg gehen, wie seinerzeit Wynkoop in Holland: im nationalen Rahmen eine starke Prätorianergarde zu sammeln, um dann — bei scheinbarer Kapitulation — zu einem faktischen Kompromiß mit der Parteiführung zu gelangen, wobei Moskau die Vermittlung übernimmt.

Es ist klar, daß ein solcher prinzipienloser Kampf, wie ihn Frey und Tomann bis 1926 ein halbes Jahrzehnt geführt haben, nur Schmutzwäsche aus Tageslicht bringt, niemals aber politische Klarheit.

Wir brauchen nicht zu betonen, daß wir Linken den Ausschluß Tomanns durchaus billigen. Wir haben bereits 1924 das damalige mesolowische ZK gezwungen, Tomann auszuschließen. Demals aber hat Sinowjew die Wiederaufnahme Tomanns erzwungen. Wir haben Tomann und sein Regime in der Partei, sei es an der Führung, sei es in der Opposition, stets bekämpft. Uns wird wohl niemand nachsagen, daß wir Sympathien für Frey haben: aber wir haben nie verschwiegen, daß in den Kämpfen zwischen Tomann und Frey das moralische Recht auf der Seite Freys war — abgesehen davon, daß sich dieser Kampf stets auf einer national beschränkten und opportunistischen politischen Ebene abspielte.

Wer sollte auch jemals jene Verbrechen an der Partei vergessen, die die Gruppe Tomann und vor allem ihr organisatorischer Kopf, Polzer, 1928 begangen hat? Wer wird vergessen, wie die schuftigen Methoden Polzers, durch Verweigerung von Wahlmaterial an freytsche Bezirke, diese in lokale Wahlniederlagen zu treiben, die Partei geschwächt haben?

Unsere Erfahrungen haben uns zu unversöhnlichen Gegnern dieser Elemente gemacht, in welcher Maskierung sie immer auch versuchen, neuen Kredit zu gewinnen. Tomann als Vorkämpfer für die „Reinheit der Partei“, Polzer — trotzkistisch stotternd — für die „innere Demokratie in Partei und Komintern“.

In der Partei besteht heute die ernste Gefahr, daß manche gute, aber politisch nicht genügend erfahrene Genossen aus politischer und moralischer Ablehnung der Parteiführung, sich Tomann nähern. Sie würden dadurch sich und der Partei den schlechtesten Dienst erweisen. Gewiß ist der politische Kurs der Partei schlecht: aber der Tomanns ist nicht besser. Gewiß sind die Benedikt, Kopenig, Schüller, Hermann u. Co., die heute die Partei führen, nicht nur schlechte Politiker, sondern auch moralisch verlottert, gewissenlos, auf ihren kleinsten, materiellen Vorteil bedacht; gewiß verbreiten sie gemeinsam mit zentralistischen Ideen, mit dem System des innerparteilichen

# Aus der Internationale Ein klägliches Dokument

## Bemerkungen über revolutionäre Politik und revolutionäre Moral

Unsere Genossen und Freunde erinnern sich des Briefes, den Ende April die deutsche Reichsleitung an Trotzki richtete, in dem sie eine Zusammenarbeit zwischen der Linken und der Trotzki-Gruppe vorschlug. (Siehe „K“ Nr. 11, Juli 1932.) Trotzki hat zu diesem Vorschlag in einem Brief an die Sektionen seiner Gruppe Stellung genommen. Wir sind jetzt in den Besitz dieses Briefes gelangt und wir glauben, daß es das Beste ist, wenn wir ihn hier abdrucken. Jeder Arbeiter, jeder Kommunist kann sich unbeeinträchtigt selbst sein Urteil bilden:

Werte Genossen!

Ich übersende Ihnen beliebig zu Ihrer Information zwei Briefe, die mir seitens der L-Gruppe zugekommen sind. Der erste Brief fordert, aus meinen deutschen Broschüren möge die Anzeigung der „Permanenter Revolution“ ausgeschaltet werden; unter dieser Bedingung würde die L-Gruppe großmütig die Verbreitung auf sich nehmen. Mit der Gruppe „Permanente Revolution“ können diese Leute — man höre nur — sich nicht vereinigen in Anbetracht deren Opportunismus: „Lenin hat Unversöhnlichkeit gelehrt“ usw. Der Vorschlag hat so abgeschmackten Charakter, daß ich ihn selbstverständlich unbeantwortet ließ.

Nach einiger Zeit erhielt ich von der gleichen Gruppe ein zweites Schreiben, wo schon ein „Block“ der Organisation der Linksoption vorgeschlagen wird. Zur „Blockbildung“ wird eine Konferenz in Berlin vorgeschlagen, es wird uns anheimgestellt, zu dieser Konferenz 2 Vertreter zu bestimmen; die L-Gruppe würde zwei Vertreter von ihrer Seite namhaft machen.

Obwohl wir durch zweijährige Praxis diese ideenlose und intrigantenhafte Gruppe zu Genüge kennen, müssen ihre Vorschläge dennoch Erstaunen hervorrufen. Zuerst erklären sie, unsere Organisation sei opportunistisch und sie könnten daher mit ihr nicht arbeiten. Nachdem sie ohne Antwort geblieben sind, beantragen sie einen Block mit der opportunistischen Organisation.

Was sie unter „Block“ verstehen, ist ihnen gewiß selbst nicht klar. Ein „Block“ kann für irgendwelche bestimmte praktische Aktionen geschlossen werden. Sie haben hingegen nicht einen vorübergehenden Block im Auge, sondern eine dauernde Föderation. Die Arbeit auf dem Föderationsprinzip aufbauen — sogar wenn es sich um eine ernste Gruppe handeln würde! —, das widerspricht dem ABC des demokratischen Zentralismus. Sie erst über jede Frage mit der L-Gruppe verständigen, wie mit einer Großmacht! Gibt es für die Zusammenarbeit einen gemeinsamen Boden, so muß man von Vereinigung sprechen. Allein gerade die Erfahrung der Zusammenarbeit hat bewiesen, daß ein gemeinsamer Boden nicht vorhanden ist. Trotz unserer allzu duldsamen Haltungswiese diesen politisch und moralisch versetzten Elementen gegenüber, hatten sie selbst begriffen, daß für sie kein Platz in unseren Reihen ist. Nun, wo sie sich überzeugen müssen, daß unsere Organisation wächst, während sie als obemächtige Gruppe beiseite bleiben, schlagen die Herren einen „Block“ vor, eine Föderation der internationalen Linken, mit ihrer Richtung. Mit anderen Worten, sie wollen, wir mögen unserer Organisation einen Apparat der Demoralisierung und Sabotage anschließen \*).

Ich habe selbstverständlich nicht geantwortet und gedenke ihnen auch nicht zu antworten. Die Linke Opposition wäre nicht der Beachtung wert, würde sie nicht gelernt haben, aus eigenen Erfahrungen Gruppen und Menschen einzuschätzen, nicht auf Grund wohlfeiler Formeln, sondern auf Grund der tatsächlichen Arbeit. Ich zweifle nicht, daß sich in den Reihen der internationalen Opposition kein ernstere Revolutionär finden wird, der seine Stimme dazu erheben wird, in Verhandlungen, welcher Art auch immer, zu treten mit plektogegenen kleinen Intriganten. Da wir aber neue Sektionen haben, die mit dem Geschehen wenig vertraut sind, wäre es vielleicht nicht ohne Nutzen, allen Sektionen Abschriften der Briefe der L-Gruppe und meines vorliegenden Brief zur Information einzusenden.

Prinkipo, den 6. Mai 1932.

L. Trotzki.

Wer diesen Brief gelesen hat, wird unschwer verstehen, warum ihn Trotzki nicht an die deutsche Reichsleitung, sondern an seine eigenen Sektionen sandte. Ein klägliches Dokument, bar auch nur des Schattens eines politischen Argumentes, ist selten von der Feder Trotzki geschrieben worden. Gewiß wissen wir, daß Trotzki Urteile über Menschen und Gruppen stets in höchstem Maße zweifelhaft waren; 1913 schätzte er Lenin in einem Brief an Tschelidse als „den berufsmäßigen Ausbeuter aller Rückständigkeit im russischen Proletariat“ ein. Die Geschichte hat dieses leichtfertige Urteil nicht bestätigt und Trotzki hat es korrigiert.

In den zwanzig Jahren, die seither vergangen sind, hat das Trotzki'sche Urteil über Menschen und Gruppen ebenso oft geschwankt. 1928 erblickte er in Maurice Paz

\*) Unterstrichen von uns. Anm. d. Red.

Kadavergehorsams und Terrors auch die schlimmste Korruption.

Aber Tomann? Gibt es ein politisches Verbrechen, einen Akt innerparteilicher Illoyalität, skrupelloser Korruption im Regime des ZK, der nicht im Regime Tomanns längst übertrifft wurde?

Und wofür dies so ist, darum waren wir Linken die unzufriedensten Parteigenossen vor dem Abenteurer Tomann; wir zeigten ihnen politisch den Weg, wie die Partei reformiert werden muß und über die Partei hinaus — die Komintern.

(Paris) den wahren Vertreter seiner Ideen, 1930 war er für ihn ein verirrter Pariser Salon-Sozialist, ein abgeleiteter Advokat und seine Freunde flüsternd jedem, der es hören wollte, Geschichten über die „Finanzpolitik“ Paz' ins Ohr. 1931 sah er in seinem Sekretär Frank (I. Gräf) einen ersten Genossen, den er gegen unsere Angriffe — trotz der Frank'schen Kapitulant-Ideen — verteidigte, 1932 sieht er in ihm einen „Kaffeehaus-Revolutionär“, und „Latrin-Stoßbrigadier“. Und sein Urteil über Sinowjew, Radek, Bordigha, Trenit usw.? Wie oft änderte es sich? Die richtige Einschätzung von Menschen und Gruppen war nie Trotzki's starke Seite.

Wir aber können uns mit dieser Erklärung nicht zufrieden geben, wir glauben, es hätte wenig Wert, eine Handvoll Trotzki-Briefe auf den Tisch zu werfen und dem erstaunten Leser zu beweisen, wie Trotzki in den Tönen höchsten Lobes von uns, unserer Politik und wie er über unsere führenden Genossen noch 1930 schrieb. Wir halten dies für zwecklos, weil wir wissen, daß Trotzki's Brief, den wir oben veröffentlichten, nicht das Zeugnis seiner Überzeugung, seiner Einschätzung unserer Gruppe ist, sondern daß er ein verwerfliches Mittel darstellt, um unsere Gruppe mit dem Pest-Kordon des Mißtrauens zu umziehen, vor allem in jenen Ländern, in denen die internationale Linke erst neu entstanden ist, wie in Spanien, Bulgarien usw. Daß es sich nicht um die Überzeugung Trotzki's, sondern um ein verwerfliches illoyales Manöver handelt, ist unschwer nachzuweisen:

I. Sind die Permanenten Opportunisten? Trotzki wendet sich hohnvoll an die Seinen: „Mit der Gruppe „Permanente Revolution“ können diese Leute — man höre nur — sich nicht vereinigen in Anbetracht deren Opportunismus“. Wirklich, ist das so unerhört? Wir wollen hier nicht die politische Biographie der Permanenten geben, wir wollen nur daran erinnern, daß Trotzki selbst die heutige Führung dieser Gruppe als eine „klassisch-literarisch-bürokratische Clique“ bezeichnet hat. Also stimmte Trotzki in der Einschätzung dieser Leute mit uns überein! Er möge nun den erstaunten Arbeitern mitteilen, was ihn zur Neu-Einschätzung dieser Leute veranlaßt hat, Etwa, daß ihr politisches Haupt, Herr R. Neumann-Sturm, zur Sozialdemokratie übertrat? Etwa, daß ihr Theoretiker, Herr Frank-Gräf, Trotzki's eigener Sekretär bis Ende 1930, jetzt in Stalins Auftrag bei Münzenberg nachweist, Trotzki'sum sei Menschewismus, d. h. konterrevolutionär? All das wissen die jungen Linken in Spanien, Bulgarien, Belgien, Amerika, China usw. nicht. Sie haben kindliches Vertrauen zu Trotzki's Wahrhaftigkeit. Und diese Genossen sollen durch solche Briefe vergiftet werden. Ein gefährliches Spiel, Genosse Trotzki, eine eigenartige revolutionäre Moral!

II. Was ist ein Block? Wir hatten vorgeschlagen: „Wenn es möglich wäre, in diesem entscheidenden Kampf einen Block der oppositionellen linken Gruppen der Parteiführung entgegenzustellen, so würde dadurch die Durchschlagskraft des oppositionellen Kampfes verstärkt werden.“

Wir halten einen solchen Block zwischen der von ihnen vertretenen linken Opposition und unserer Richtung trotz bestehender politischer Differenzen für notwendig. Wenn es möglich wäre, diese Differenzen im Rahmen eines Oppositionsblockes auszutragen und nach außen hin eine internationale, geschlossene Oppositionsfront dem Zentralismus gegenüberzustellen, so würde ein solcher Schritt die Chancen des linken Flügels in der Komintern, vor allem aber in Deutschland in hohem Grade verbessern...

... Wir sind uns bewußt, daß jeder, der auch nur einen Schritt unversucht läßt, wenigstens zu einer vorübergehenden Einigung zu gelangen, damit eine schwere Verantwortung vor den kommunistischen Arbeitern auf sich nimmt.“ („K“ Nr. 11, Juli 1932.)

Trotzki aber — ausgestattet mit telepathischen Fähigkeiten — schreibt: „Sie haben hingegen nicht einen vorübergehenden Block im Auge, sondern eine dauernde Föderation“. Was nützt es, daß wir von einer „vorübergehenden Einigung“ schrieben? Trotzki weiß eben besser, was wir im Auge haben, als wir selbst.

Und nachdem er uns also „durchschauf“ hat, fügt er pathetisch hinzu: „Die Arbeit auf dem Föderationsprinzip aufbauen, sogar wenn es sich um eine ernste Gruppe handeln würde —, das widerspricht dem ABC des demokratischen Zentralismus.“ Wirklich? Trotzki hat nie einen Block auf „föderativer Grundlage“ geschlossen? Nun, wir wollen nur ein Beispiel anführen: 1926/28 bestand der vereinigte Oppositionsblock Trotzki-Sinowjew in Rußland. Jede der beiden Fraktionen war innerhalb des Oppositionsblockes selbständig. Man verständigte sich in jeder Frage, so gut es ging. Manchmal ging es auch schlecht. So z. B. in der Lebensfrage der chinesischen Revolution, in der Frage des Austritts der chinesischen Komm. Partei aus der Kuomintang. Die Sinowjew-Fraktion war gegen den Austritt; ebenso innerhalb der Trotzki-Gruppe Radek und Preobraschenski. Der vereinigte Oppositionsblock stellte daher diese entscheidende Parole damals nicht auf. Trotzki verließ auch nicht den Oppositionsblock, so wenig wie er bei der Bildung des Blockes eine Plattform ausarbeitete, in der die Fehler der Vergangenheit, insbesondere 1923 in Deutschland, niedergelegt wurden.

Trotzki hatte mit Sinowjew einen Block auf „föderativer“ Grundlage geschlossen, einen politisch höchst zweifelhaften Block, in dem er unzulässige politische Konzessionen machte — aber das hinderte ihn nicht, jetzt zu schreiben: „Die Arbeit auf dem Föderationsprinzip aufbauen, das widerspricht dem ABC des demokratischen Zentralismus“. Eine solche Fragestellung nach einer solchen Praxis hat nichts

mehr mit Politik zu tun; sie rührt an das ABC der revolutionären Moral. Grob gesagt: Fleisch essen und Fisch predigen ist Demagogie.

**III. Wir politisch zersetzten Elemente...** Man komme uns ja nicht mit dem Hinweis, daß es sich um allgemeine Fraktions Schlagworte handle, die man nicht auf die Goldwaage legen soll. Man „beruhige“ uns nicht damit, daß Trotzki viel schärfer und ungerechter gegen Lenin polemisiert. Wir haben zehn Jahre Kampf um die Komintern hinter uns, wir wissen, wie das Bewußtsein des jungen revolutionären Arbeiters vergiftet wird, wenn wir eine solche Methode der Polemik dulden würden.

Politisch zersetzt? Trotzki erklärt es und hinter dieser Feststellung steht nicht ein gelinder Journalist, sondern ein großer und erprobter Revolutionär. Darum erklären wir hier öffentlich: So lange Trotzki nicht mit einem Wort unseren politischen Kurs angreift, so lange er mit keinem einzigen politischen Argument auf unsere ernste und sachliche Kritik an seinen politischen Auffassungen und seinem Regime zu antworten vermag, ist seine Feststellung unserer „politischen Zersetzung“ nichts als ein bössartiger Versuch der Irreführung von Genossen, die unsere Politik nicht kennen, die unsere Sprache nicht sprechen, die unsere Schriften nicht lesen können. Ein solcher Versuch, entlehnt der Methode Stalins, steht in schreiendem Widerspruch zum ABC der revolutionären Moral.

**IV. Wir sind moralisch zersetzt...** Es gibt in der Politik drei Formen moralischer Zersetzung: 1. Moralisch zersetzt ist, wer seine Klasse oder Partei verrät (Spitzel). 2. Moralisch zersetzt ist, wer seine Überzeugung verrät oder verkauft (Renegat, Kapitulant). 3. Moralisch zersetzt ist, wer sich an proletarischen Geldern vergreift (Betrug, Diebstahl, Korruption).

Wir wollen uns bei diesem Kapitel nicht lange aufhalten, wir erklären nur: So lange Trotzki nicht öffentlich den Beweis antritt, daß unsere Gruppe, daß auch nur ein einziger unserer Gruppe, unter diese 3 Begriffe „moralischer Zersetzung“ fällt, so lange bezeichnen wir diese Behauptung Trotzki als eine verwerfliche, verleumderische Beschuldigung.

So liegen die Dinge; sie sind wahrhaft weder schön, noch erhebbend, sie sind sehr traurig und bitter. Daß ein Revolutionär wie Trotzki zu solchen Kampfmethoden greift, ist ein Zeichen der tiefen Zersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung. Wir wissen, daß viele Genossen, in der Partei, in der Trotzki-Gruppe, vielleicht sogar bei uns selbst, diese Dinge nicht so tragisch nehmen, daß sie die Achsel zucken und meinen: „Das sind eben die Nebenprodukte der Politik“.

Nein, Genossen, das ist nicht richtig, das sind die Abfallprodukte kleinbürgerlicher politischer Methoden, sie haben nichts gemein mit der revolutionären Politik der proletarischen Klasse. Wehe den Revolutionären, die sich an solche Methoden gewöhnen, die sie abgestumpft hinnehmen. Sie werden unfähig vor jenem Zynismus ergriffen werden, der heute die Besten in der Komintern ergriffen hat.

Revolutionäre Politik ohne revolutionäre Moral ist unmöglich. Dem Klassenfeind gegenüber ist jedes Mittel recht, innerhalb der eigenen Klasse und Partei aber gibt es nur ein Prinzip: das der Wahrhaftigkeit.

Gewiß: Auch Marx und Engels waren manchmal ungerade; aber nicht, weil sie meinten, daß ihnen jedes Mittel erlaubt sei, sondern weil ihre Isolierung in der Londoner Emigration ihnen manchmal den Rückgrat trübte. Auch für Trotzki trifft dies in hohem Grade zu, aber leider erklärt die Isolierung in der Emigration von Prinkipo nicht diesen Brief.

Wir haben von Trotzki viel gelernt und wir werden von ihm noch manches lernen; aber für die Komintern gilt ein französisches Sprichwort: Qui mange du pape, en meurt (Wer vom Papste ißt, stirbt daran). Allzu stark hat Trotzki die Kost der Komintern genossen, deren päpstlicher Koch Sinowjew und dessen Küchenjunge Bela Kuu war. Der Pfeffer der Komintern hat ihm die Zunge verbrannt. Wir aber, die die Segnungen dieser Küche, den entsetzlichen Verfall ihrer Kostgänger sahen, wir haben uns stets abgewandt von dieser Küche, von ihrem Koch, wir haben mit ihr nichts gemein und wir werden ihre vergifteten Speisen von uns weisen, wer sie uns auch serviert: Stalin, Trotzki, wer immer es auch sein mag.

## Ungarn Neue Attacken gegen oppositionelle Kommunisten

Mit der Verschärfung der Krise der feudal-kapitalistischen Reaktion wachsen auch die mörderischen Verfolgungen der Arbeiter-Kommunisten. Der unerhörte Menschenjagd der Ochrana fallen tagtäglich die besten Revolutionäre zum Opfer. Es ist ein Beweis dafür, daß das Horthy-Gömbös-Banditenregime nur mit den Mitteln des offenen Faschismus existieren kann.

In den letzten Wochen fanden eine große Zahl von Verhaftungen in unseren Reihen, in den Reihen der Linken Kommunisten statt. Neun Genossen wurden verhaftet und wahrscheinlich für längere Zeit in den Kerker geworfen. Das ist nicht die erste und nicht die letzte Verhaftung. Eine solche wirklich revolutionäre Bewegung wie die unsere ist ständig der Gefahr von Verfolgungen und Verhaftungen ausgesetzt, aber auch der blutigste Terror kann uns nicht hindern, unsere historische Aufgabe zu erfüllen. Die Stalinische KPU kämpft gegen uns mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung, bezeichnet uns als agents provocateurs der Bourgeoisie, um den ständigen wachsenden Einfluß von uns linken Kommunisten auf die Arbeiterbewegung und das Proletariat zu vernichten, aber angesichts der zahlreichen Verhaftungen oppositioneller Kommunisten sind diese Verleumdungen offensichtlich zusammengebrochen.

Den ungarischen Polizeibestien ist es nicht gelungen, so viel Material und Dokumente zu finden, um unsere Genossen vor das Sondergericht stellen zu können. Diese betrübenden illegalen Verhältnisse zwingen uns, unsere Arbeit in nächster Zukunft noch strenger illegal zu gestalten.

# Konferenz der Komm. Linken Oesterreichs

Um halb 10 Uhr, am Sonntag, den 2. Oktober, eröffnete Gen. Koch im Organisationslokal der Grazer Linken die Landeskonferenz, die von 15 Delegierten besetzt, sowie von Gästen aus proletarischen Organisationen besucht war.

In das Präsidium wurden Gen. Koch, Graz, Gen. Steingruber, Andritz, und Gen. Güttel, Wien, als Schriftführer die Gen. P. gewählt. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde von Gen. Keppel ein Schreiben der internationalen Fraktionsleitung verlesen, das wir an anderer Stelle auszugsweise veröffentlichten. Darauf erteilte Gen. Koch — nach einer kurzen Debatte über die Geschäftsführung — dem Gen. Daniel zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die politische Lage, die Leninische Einheitsfronttaktik und die Aufgaben der Propagandagruppen“ das Wort.

Nachdem Gen. Daniel einleitend einige wichtige Fragen des Schreibens der internationalen Fraktionsleitung besonders hervorhob, ging er auf die deutschen Erfahrungen der letzten Monate ein, die eine grusame Abrechnung mit den seit Jahren von der Komintern propagierten Prinzipien brachten und den Zentrismus in seiner wahren Natur, als einen mit „linken“ Theorien und Phrasen impierten Opportunismus enthüllten. Er verwies, ausgehend von dem ultralinken Kurs der 3. Periode, auf die Volksentscheidtätigkeit in Preußen, auf das parlamentarische Spitzenangebot der KPD am 22. Juli in der Frage des Präsidiums im preußischen Landtag (und Hessen), sowie auf das Einheitsangebot des ZK der KPD an die Spitzen der SPD und des ADGB am 20. Juli hin, wie hier der Zentrismus seine ideellen Heiligtmäler durch kopflöse Hacksprüche über Bord warf, um sie am 26. Juli wieder als Heiligum zu proklamieren. An diesen Beispielen untersuchte Gen. Daniel das Wesen des Zentrismus, seine Ohnmacht und Kampfunfähigkeit.

Sein durch die Wirklichkeit untergrabenes Prestige vermag der Zentrismus nur durch sein innerparteiliches Regime, des Kommandos und Ultimatus, um den Preis der Zersetzung der revolutionären Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten. Solange diese Bürokratie die Komintern zu beherrschen vermag, führt der Referent weiter aus, ist mit einer Wendung der Kominternpolitik nicht zu rechnen. Dennoch verkörpert die Komintern die revolutionäre Arbeiterbewegung und noch sind lange nicht alle Möglichkeiten der Leninischen Reform der Komintern und ihrer Sektionen erschöpft. Wir erblicken in der internationalen Linken Opposition die Fahne, um die sich die marxistisch-leninistische Wiedergeburt der Komintern, unterstützt von ihren besten Elementen, im Feuer des Klassenkampfes vollziehen wird. Nach einer Skizzierung der politischen Kräfte im Lager der Konterrevolution und des Proletariats, der Rolle der SP und

des Faschismus, schließt Gen. Daniel sein von der Konferenz mit großer Aufmerksamkeit verfolgtes, klares und in fließender Sprache gehaltenes Referat, nachdem er noch die Rolle der Propagandagruppen behandelte.

Eine kurze Diskussion, die nach einer kurzen Pause einsetzt, zeigt davon, daß die Ideen und Auffassungen der Linken jedem einzelnen klar sind.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung steht „Die Lage in der internationalen Linkenopposition“. Ausgehend von der Moskauer Opposition 1923/24 beleuchtet Gen. Daniel die Erfahrungen der internationalen Linken in den Jahren bis 1928, welche Periode mit dem russisch-chinesischen Konflikt abschließt und die Linke mit wertvollen Erkenntnissen auf dem Gebiete der Theorie, Strategie und Taktik des Bolschewismus-Leninismus bereicherte. Mit der Ankunft Trotzki in der Emigration schließt diese Periode ab und beginnt der zweite Versuch zur Bildung einer internationalen Linken Fraktion. Statt den Weg einer internationalen Plattform, geht Trotzki den Weg der „freien Hand“. Es kommt zum Bruch Rosmer-Trotzki in Frankreich, zur Spaltung der deutschen Linken, nachdem das internationale Regime des Gen. Trotzki das gewählte internationale Büro sprengt, um an seine Stelle ein von ihm eingesetztes administratives Sekretariat einzusetzt, dessen erste Tat, der Versuch einer unpolitisch-mechanischen Einigung unserer Gruppe mit Frey ist, der mit dem vorläufigen Beschluß in der Kernmayer-Sache seinen schändlichen Abschluß findet. Nach einer ersten allgemeinen Durcharfung der Grundlagen für ein gesundes internationales Regime und dem Brief Trotzki an seine Sektionen in der Einigungsfrage\*, schließt Gen. Daniel mit dem Hinweis auf die Worte Rosmers:

„wenn die Opposition ihre Unversöhnlichkeit in den Fragen des inneren Regime aufgibt, verliert sie jede Daseinsberechtigung und hat kein Recht mehr, auf die Verheerungen, die der Stalinismus anrichtet, hinzuweisen.“

Eine erste Debatte über diese und organisatorische Fragen stellt die volle Klarheit über unseren Weg und unseren Kampf fest.

Es wird einstimmig angenommen eine Resolution über die „Proletarische Einheitsfront“, über die Differenzen im Lager der internationalen Linken Opposition, sowie ein Beschluß über die Wiener Renegaten.

Gen. Koch schließt um 2 Uhr nachmittags diese arbeitsreiche Tagung. Mit dem Gesang der Internationale geht diese Konferenz, erfüllt von unvermeidlichen Sieg unserer Ideen und frischem Kampfesmut, auseinander.

\*) Siehe „Ein klägliches Dokument“.

## Die Linke im Kampf Eine gute Versammlung für die Einheitsfront in Andritz

Dem energischen Protest unserer Deputation beim sozialdemokratischen Landesreferent nachgebend, hat die Bezirkshauptmannschaft Graz ihr Versammlungsverbot zurückgezogen. Gut hundert Andritzer Arbeiter (SP-Leute, Schutzbündler und Jungfrontler) füllten am Abend des 1. Oktober den Saal im Werkrestaurant Krobot, Gen. Daniel entwickelte in einem eingehenden Referat die historischen Hintergründe, sowie die konkreten sozialen und politischen Ursachen des Wachstums des Faschismus. Er gab in der Folge eine Darstellung der politischen Ereignisse in Deutschland und der schmachvollen Kapitulationspolitik der SPD und der Ohnmacht der KPD. Hiernach ging der Referent auf das Wesen des Faschismus über, beleuchtete die Gegensätze im Lager der Reaktion, die labile Lage des Militärregimes Papen, das sich nur kraft der lähmenden Wirkung der SPD- und KPD-Politik auf die Arbeiterklasse behaupten kann. Er kam nun auf das Kernproblem zu sprechen; nämlich die proletarische Kampfeinheit, als die einzige Kraft zur revolutionären Lösung der Krise. Er charakterisierte scharf den Unterschied und das Wesen zwischen der sozialdemokratischen und stalinistischen Auffassung über die proletarische Einheitsfront und stellte diese die Leninische Einheitsfront gegenüber. Am Schluß behandelte er den Zweck der Propagandagruppen, deren Aufgabe es sei, den Gedanken der revolutionären Lösung der Krise durch den revolutionären Kampf auf dem Boden der proletarischen Kampfeinheit in allen proletarischen Organisationen zu propagieren.

Diesen sachlichen, von der Versammlung mit tiefem Ernst entgegengenommenen Ausführungen setzte der sozialdemokratische Schurf (wie ihn seine eigenen Genossen nennen) Rauch eine aus Bübische grenzende Hetze gegen die KPO entgegen, ohne auch nur mit einem Wort auf das Referat des Gen. Daniel einzugehen. Sichtlich beschränkte er die Versammlung tot zu reden, was ihm mehrmals den heftigsten Protest der Versammelten eintrug. Sein Material nahm er aus den Unsrückeln kommunistischer Renegaten, die sich um den Preis warmer Pötschen in der SP, als berufsmäßige Sammler aller Dummheiten der zentralistischen Komintern- und KPO-Führung betätigen und verbrecherische Hetzbrochüren gegen den Kommunismus brauen. Rauch hatte außerdem noch die Gabe, diesen Unrat gewissenloser intellektueller Karrieristen durch seine eigene Dummheit aufzuputzen.

Im Schlußwort räumte Gen. Daniel mit einigen treffenden Hinweisen gründlich auf mit den Rauchschen Hetzreden und von stürmischen Zustimmung begleitet, zerschmetterte er die Phrasologie Rauchs mit dem Hinweis auf die wirkliche Politik der Sozialdemokratie. Ganz verärrert mußte dieser kleine Gernegroß die lugelicht fallenden Argumente des Referenten über sich ergehen lassen. Die Versammlung schloß mit einem vollen Erfolg der Linken.

## Ein Diskussionsabend mit der Jungfront

Montag, den 3. Oktober fand im Lokal der Andritzer Jungfront der Schlußvortrag des Jungfrontfunktionärs Tauk über das kommunistische Manifest statt. Gen. Daniel war mit

einigen Linken als Diskussionsredner zugegen. Die Ausführungen des Vortragenden boten reichlich Gelegenheit, seine Schlußfolgerungen einer Kritik vom Standpunkt des revolutionären Marxismus, von dessen Geist das Manifest erfüllt ist, zu unterziehen und die austromarxistischen Ideengänge, die er dem Manifest unterschob, aufzuzeigen. Besonders das Schlußwort Tauks, seine Darstellung des dialektischen Denkens waren übelste Plaktheit und trugen das Kainszeichen kantischer Ideengänge. Nach seiner Meinung ist der goldene Mittelweg der revolutionäre Marxismus. Damit erklärt er sich das Wachsen und Ueberwinden des Faschismus, die Niederlage der proletarischen Revolution von 1919, die Kriegspolitik der II. Internationale und die zentristisch-opportunistischen Halbheiten des Grazer Parteitages, in dessen Beschlüssen er den Sieg des revolutionären Marxismus erblickt. Ein schüchtern Blick auf die praktische Politik der SP und auf die am 31. September veröffentlichten Wirtschaftsforderungen der Jungfront müssen jedermann belehren, daß auch die Jungfront in den Händen des Parteivorstandes nur ein — wenn auch mit etwas lockeren Zügeln gehaltenes — Werkzeug der sozialdemokratischen Koalitionspolitik ist. Die Grazer Beschlüsse des Parteitages waren doch nur ein Manöver, ein zweieinhalb Internationales, um unter den Fittichen radikaler Phrasen die alte Politik der kapitalistischen Sanierung mit geringen Reibungen fortsetzen zu können. Es gilt nach wie vor, was Trotzki über die Sozialdemokratie sagt:

„Krieg bruch aus. Die Sozialdemokratie unterstützte den Krieg im Namen künftiger Prosperität. — Statt Prosperität kam Verfall. Jetzt bestand die Aufgabe nicht mehr darin, aus der Unzulänglichkeit des Kapitalismus die Notwendigkeit der Revolution zu folgern; auch nicht darin, mittels Reformen die Arbeiter mit dem Kapitalismus auszuöhnen. Die neue Politik der Sozialdemokratie besteht darin, die bürgerliche Gesellschaft um den Preis des Verzichtes auf Reformen zu retten.“ (Aus der „Einzig Weg“ von Trotzki.)

Nicht, was sie zu erkennen oder zu tun vorgibt, entscheidet, sondern was sie praktisch macht. Und praktisch liegt die Politik der SP auf der von Trotzki vorgezeichneten Linie. Will die Jungfront wirklich eine revolutionäre Kraft werden, so muß sie ihre Illusionen über den Austromarxismus verlieren, der nur eine bössartige Karikatur auf den revolutionären Marxismus ist. Mit dem bloßen Bekenntnis, daß der Kampf um den Sozialismus die Aufgabe der Gegenwart sei (die Wirtschaftsforderungen sprechen bloß von der Aufgabe der jungen Generation) und diese hat noch 30 bis 40 Lebensjahre vor sich), ist nichts erreicht, wenn die praktische Politik auf den Verzicht aller in jahrzehntelangen Kämpfen ererbten Positionen der Arbeiterklasse hinausläuft. Der revolutionäre Ausweg aus der Krise muß in der Tagespolitik ganz konkret gestellt und mit revolutionären Kampfmethoden erkämpft werden. Die Jungfront müte gut, ihren objektiv revolutionären Willen nicht bei Otto Bauer oder Max Adler geistig zu befruchten, sondern bei Lenin, bei Trotzki, bei der kommunistischen Linken.

# Brief der internationalen Fraktionsleitung an die Grazer Konferenz der österreichischen Linken Opposition (Mahnruf)

Anstatt der Einleitung: Wir geben, den in allgemeinen Zügen gehaltenen Brief der internationalen Fraktionsleitung an unsere Konferenz, die am 2. Oktober stattfand, gekürzt wieder.

Die Redaktion.

I. Seit dem Versuch des Heimwehrfaschismus, im September 1931 mit bewaffneter Gewalt die Macht im Staate an sich zu reißen, ist ein Jahr verstrichen. In diesem Jahr ist die Differenzierung im Lager der österreichischen Konterrevolution in raschem Tempo fortgeschritten. Die kleinbürgerlich-plebejische Konterrevolution hat sich mehr und mehr im Lager des Hitlerfaschismus zu sammeln begonnen, der großbürgerlich-aristokratische Flügel der Konterrevolution, verkörpert durch das christlichsoziale Lager mit der Starhemberg-Clique herrscht in der Form einer parlamentarischen Diktatur, wie sie in Deutschland bis Mai 1932 die Brüning-Regierung darstellte. Im Gegensatz zur deutschen Militärdiktatur, die sozial die gleichen Kräfte verkörpert, wie das herrschende Regime in Österreich, besitzt die feudal-kapitalistische Konterrevolution, die Österreich beherrscht, noch eine solide Massengrundlage, die ihr es noch gestattet, die parlamentarische Maschine noch zu handhaben. Doch zeigte bereits das parlamentarische Kräfteverhältnis im Kampf um den Lamsauer Pakt, daß das herrschende Regime bis an jene Schwelle zu gehen gezwungen ist, wo die parlamentarische Diktatur ihre Handhabung des Parlamentarismus mit der Drohung, ihn durch einen Staatstreich zu ersetzen, durch die offene Diktatur abgelöst wird.

Die relative Festigkeit der Massenbasis des herrschenden Regimes im Dorf, der starke Widerstand der Arbeiterklasse seit jenen Oktobertagen 1927, wo in Wien-Neustadt die faschistische Heimwehr glaubte, nach dem Sieg am 15. Juli das österreichische Proletariat überrennen zu können, hat zur Zersetzung der Heimwehr entscheidend beigetragen. Aber die fortschreitende gesellschaftliche Verfallung, die permanente Krise des österreichischen Kapitalismus, das hoffnungslose Dasein der kleinbürgerlichen Schichten hat dem Faschismus wieder einen neuen Auftrieb gegeben, in der Form des Hitlerfaschismus.

II. Der September-Aufstand der Heimwehr, das offensichtliche Zusammenspiel der konterrevolutionären Staatsmacht mit den Heimwehrrebellanten, hat vorübergehend zu einem starken revolutionären Aufschwung innerhalb der Arbeiterklasse geführt. Neue Sympathien, neue Kräfte wandten sich dem Kommunismus zu, stärkten die KPÖ. Heute ist von diesem Aufschwung nur wenig mehr zu sehen. Wohl ist die Radikalisierung der österreichischen Arbeiter nicht geringer geworden, nicht schwächer geworden ist ihr Klassenhaß gegen das schamlose Regime der Konterrevolution. Aber wir haben in diesem Jahre von neuem erlebt, was uns die Geschichte der österreichischen Revolution seit 1918 mit fürchterlicher Gesetzmäßigkeit gezeigt hat: Die Krise der bürgerlichen Herrschaft, die Ohnmacht der reformistischen Politik treibt die Massen nach links. Mit revolutionärem Elan betreten die Massen den politischen Kampfboden und suchen in der KPÖ ihre politische Führung. Wenige Tage oder Wochen genügen, und enttäuscht verlassen die Massen den Schauplatz des revolutionären Kampfes, durch eigene Erfahrungen überzeugt, daß die KPÖ nur eine Karikatur auf eine revolutionäre Führung darstellt.

So war es 1919, als die Partei in das Dettelheim-Abenteuer hineinparzellte und sich im Juni-Putsch das Genick brach, so war es nach dem Massenaufschwung anlässlich der Genfer Sanierung 1922, als die Partei es verstand, Massen auf die Beine zu bringen, aber bei dem

Versuch, den Kampf zu steigern, sich in prinzipiellen Fraktionskämpfen zersetzte (Frey-Domaan), so war es nach der Juli-Erhebung, nach Wiener-Neustadt und schließlich nach dem Heimwehrputsch von 1931.

Wir kennen auch die Kohärenz dieser tragischen Entwicklung: Die in die Tiefen getriebene Massenrebellion, enttäuscht durch die KPÖ, bricht an einem kritischen Punkt mit elementarer Gewalt, führerlos, hervor. Einige Tage eritterte dann Österreich unter den vulkanischen Stößen einer nach innen getriebenen, nichtausgereiften Revolution; so war es am 1. Dezember 1921 und in den geschichtlichen Stunden des 15. Juli 1927. Und Gen. Daniel hat tausendmal recht, wenn er in Briefen darauf hinweist, daß Dezember- und Juli-Stimmungen innerhalb der Arbeiterklasse heraufreife. Er bestätigt nur durch seine Wahrnehmungen die Gesetzmäßigkeit, die uns mehr als ein Jahrzehnt österreichischer Klassenkämpfe seit dem Kriegsende enthüllt.

III. Diese Gesetzmäßigkeit ist keine natürliche, d. h. sie ergibt sich weder aus der „Wiener Gemütlichkeit“, noch aus der Geographie der Alpen, sondern sie ist die Kehrseite der Schwäche der KPÖ, ihrer Verfallung, die wir seit ihrer Gründung kennen. Wir haben einmal geglaubt, als wir über starke oppositionelle Kräfte verfügten (1926), daß wir diese Verfallung künstlich dadurch überwinden könnten, daß wir die Partei als Kadaver erklärten und uns als die wirkliche kommunistische Partei. Ihn wißt, daß uns die Erfahrungen schlagend widerlegt haben. Wohl wurde die österreichische Partei keine wirkliche kommunistische Massenpartei, aber ihr Bestand reichte dennoch aus, um das Aufkommen einer zweiten Partei im kommunistischen Lager zu verhindern. Wir haben daraus gelernt, daß, solange der von Moskau vertretene Kommunismus, solange die 3. Internationale noch, trotz aller ihrer Fehler, eine große historische und progressive Rolle spielt, solange ist der Versuch, in einem einzelnen Lande — noch dazu in einem Lande, das nicht wie Schweden weit vom Brennpunkt der internationalen Konflikte liegt, sondern wie Österreich, mitten darinnen liegt, tausendfach international verknüpft und selbst eine Verohärtung der europäischen Krise — der Versuch, eine neue kommunistische Partei zu schaffen, ein Abenteuer wäre. Die Leute, die heute in Österreich von der Notwendigkeit „oppositioneller Massenarbeit“ sprechen und denen dieser Gedanke vorschwebt, haben nicht gelernt aus Erfahrungen, die wir bereits von einem halben Jahrzehnt gemacht haben.

IV. Wie aber den Ausweg finden, wo verhindert, daß wir einen neuen 1. Dezember, einen neuen 15. Juli erleben, einen kurzlebigen revolutionären Aufschwung, dessen Zusammenbruch gegenwärtig die Entwicklung der Konterrevolution unvergleichlich mehr beschleunigen müßte, als 1921 und 1927? Wie die Partei vorwärts bringen, damit sie die Arbeiterklasse vorwärtsführen kann? Das sind die Fragen, die konkret von uns stehen und die wir beantworten müssen.

Wir wollen uns zunächst über unsere eigenen Kräfte klar werden. Was heute noch in unseren Reihen steht, das ist der beste Teil der innerlich weiterentwickelten Teil der oppositionellen Strömung der Vergangenheit, der Jahre 1922—26. Unserer Opposition, die sich 1926 wirklich auf Massen stützen konnte, ist 1928 noch eine kleine Apparition gefolgt, die sich als Rechte Fraktion etablierte. Von uns selbst ist im Laufe der Entwicklung jener Teil zurückgeblieben, der sich als unfähig erwies, die

alten, überlebten Hüllen abzustreifen: die Frey-Clique. Sie wurde jetzt von Trotzki als seine wahre Vertretung in Österreich anerkannt.\* Das spricht wahrhaft nicht für Frey — mit welchem Sobimpf und Hohn hat ihn Trotzki „endgültig kompromittiert“ verdammt, als er 1931 die Trotzki-Gruppe fruchtbar verließ — sondern nur gegen Trotzki.

Unsere eigenen Kräfte sind verhältnismäßig klein und bei den Aufgaben, die wir uns stellen, können wir nicht davon allein ausgehen, was objektiv nottut — das zu sagen, ist unser Blatt da — sondern wir müssen vor allem trachten, erst wieder ein aktionsfähiger Kader zu werden, insbesondere in Wien. Wir müssen stets davon ausgehen, daß die revolutionären kommunistischen Kader nicht anders entstehen werden, als aus den besten Genossen der KPÖ, die sich im Laufe der Erfahrung überzeugen, daß unsere Auffassungen richtig sind. Gewiß gibt es viele, revolutionär gestimmte Sozialdemokraten und es ist gut, sie stets zu beeinflussen, sei es durch unsere Presse, durch Vorträge, durch Versammlungen, durch praktische Arbeit in der gewerkschaftlichen Tätigkeit, im Betrieb, bei den Arbeitlosen, in den Wehrformationen. Aber wir dürfen unseren Kurs nicht darauf nehmen, daß diese, mit uns sympathisierenden Arbeiter mit uns den linken Flügel der KPÖ bilden werden. Das werden sie in ihrer übergroßen Mehrheit nicht tun. Sie werden entweder in der SP bleiben und dort Opposition machen oder sie werden zur KPÖ kommen, nicht weil sie mit ihrer Politik zufrieden sind, sondern weil sie nicht zu einer winzigen Gruppe, sondern zu einer Partei wollen. Zu uns kommen sie erst, wenn sie durch die KPÖ hindurchgegangen sind und wir es verstanden haben, sie innerhalb der Partei zu beeinflussen. Gewiß: es ist nicht ausgeschlossen, daß auch Teile oppositioneller SP-Arbeiter direkt zu uns stoßen werden, aber nicht jetzt, sondern nur dann, wenn wir durch unsere eigene Kraft, gestützt auf unschuliche Teile der KPÖ bereits eine aktionsfähige Gruppe geworden sind, die es versteht, praktisch die Partei dort zu ersetzen, wo sie versagt.

Daraus folgt, daß wir unser Hauptaugenmerk auf die Schaffung einer neuen Opposition in der KPÖ legen müssen, auf eine ideologisch besser gerüstete, politisch reifere Opposition, als wir selbst sie in den Jahren vor unserem Ausschuß waren. Das bedeutet, daß wir auf lange Sicht in der Partei arbeiten müssen. Unser Ziel kann nicht sein, einzelne Genossen zu überzeugen, sie einmal oder zweimal höchst effektiv auftreten und ausschließen zu lassen und dann uns einzuverleiben. Unser Ziel muß sein, mit den Methoden der Illegalität in der Partei zu arbeiten, um eine Massenopposition vorzubereiten, alle taktischen Manöver anzuwenden, damit diese Opposition nicht allzu früh ausgeschossen wird. Das ist eine langsame ungeheuer schwere Arbeit, die von uns als Fraktion und von unseren illegalen Anhängern innerhalb der Partei ein Höchstmaß von Elastizität erfordert.

Wir wünschen Eurer Konferenz den besten Erfolg. Mit komm. Gruß für die internationale Fraktionsleitung, K.

Berlin, den 29. September 1932.

Anstatt des Absatzes V. und VI: Die österreichische Opposition muß sich eine Plattform schaffen, die anknüpft an die Plattform von 1928, die sich in ihren Grundzügen als richtig erwiesen hat und im Original von Polzer unterschlagen wurde. Mit Recht schließt der Brief mit dem Hinweis, man kann Dokumente unterschlagen, aber nicht Ideen. (Die Redaktion.)

\*) Die offizielle Kundmachung dieser Tatsache verzögert sich nur durch das Manöver der Bolzer-Clique.

## Graz

### Die Volksausspeisung der Gemeinde Graz beginnt am 17. Oktober.

Wir machen alle Arbeitslosen, Ausgesteuerten und sonstige Erwerblosen aufmerksam, daß am 17. Oktober die Volksausspeisung der Gemeinde Graz beginnt. Die Bedingungen, unter denen die Ausspeisung gewährt wird, sind an allen gemeindeamtlichen Gebäuden angeschlagen. Die Spielmarken sind am 15. Oktober gegen Vorweis der Arbeitslosenkarte, bzw. Meldeschein, bei den Ausspeisestellen zu lösen. Die Freikarten sind beim Stadtvater Graz, Neutorgasse 36, 1. Stock, in der Zeit zwischen halb 9 Uhr bis 12 Uhr vormittags abzuholen.

### Es wird niemand ausgesteuert?

Wo bleibt der Wintersatz?

Der „Arbeiterwille“ schrieb einmal: „Es darf niemand mehr ausgesteuert werden!“ Viele Arbeitslose müssen am eigenen Leibe verspüren, daß die Aussteuerungen noch in viel größerem Ausmaße von der IBK durchgeführt werden, als es jemals der Fall war. Die 28. Novelle des AVG gibt der IBK alle Waffen in die Hand.

Man hat den Arbeitslosen über den Sommer die Arbeitslosenunterstützung um 20, 30 und 40 Groschen gekürzt, und dabei eine Unterscheidung zwischen Winter- und Sommersatz gemacht. Der Zweck war, auf Kosten der Arbeitslosen „Ersparungen“ zu machen, um den Bankmagazinen, der Kreditanstalt, noch mehr Geschenke geben zu können. Die SP und Freie Gewerkschaft hatten dafür ihre Stimmen gegeben: „Um Zehntausende vor den Aussteuerungen zu retten!“

Ab 28. September jeden Jahres hat man mit der Auszahlung des erhöhten Wintersatzes begonnen. Heute ist es anders. Ab 28. September d. J. kennen die Arbeitslosen weiter mit dem Sommer-

## Spendet Preß-Straf-Fonds für den „Mahnruf“

satz — um 20, 30 und 40 Groschen weniger — nach Hause gehen. Der Raub ist in aller Stille perfekt geworden.

Welche Rolle spielt dabei die 28. Novelle? Die IBK Graz hat das Wort. Haben auch diesmal die Vertreter der Freien Gewerkschaften dem Raub zugestimmt?

Wir fordern die sofortige Auszahlung des Wintersatzes, die Erhöhung des Satzes um 20, 30 und 40 Groschen.

Die Arbeitslosen verlangen von den Freien Gewerkschaften, daß ihre Vertreter bei der IBK energisch die Auszahlung des Wintersatzes fordern.

Wo bleibt aber auch das Zentralarbeitslosen-Komitee? Entsendet Deputationen! Führt den Kampf gegen den Raub des Wintersatzes!

## Abonnenten

In No. 20 liegt der Erlagsschein bei. Nehmt ihn sofort zur Hand, füllt ihn aus und tragt ihn zur Post. Wir benötigen dringend das Geld, um unseren Verpflichtungen beim Drucker nachzukommen! Spendet Stmf-Preß-Fonds!

## Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagsordnung: Notverordnungsdiktatur  
Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

## Appell

Leser des „Mahnruf“, spendet Kampf- und Preßfonds. Helft mit, Abonnenten werben.

Leser des „Mahnruf“, tretet der Linkskomm. Opposition (Mahnrufgruppe) bei. Beitrittsklärungen sind bei den Genossen Koch, Finkengasse 3/1.

## Die neueste Broschüre Trotzki's:

### DER EINZIGE WEG

Ist zu beziehen durch die Kolporteurs des „Mahnruf“

Preis 40 Groschen

Leset die Broschüre:

„Probleme der Entwicklung der USSR.“

von Leo Trotzki

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Stryckgasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.